

Mit der Bitte um Anregungen und Vorschläge

Die dritte Ordentliche Delegiertenkonferenz der Humanistischen Union (s. nebenstehender Bericht) hat am 11. Februar 1973 folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Delegiertenkonferenz möge folgendes Arbeitsprogramm für die nächsten zwei Jahre beschließen und den Vorstand entsprechend beauftragen:

1. Der Bundesvorstand der Humanistischen Union konzentriert seine Arbeit in den nächsten zwei Jahren mit Vorrang auf den Schutz und die Verwirklichung demokratischer und sozialer Grundrechte und rechtspolitische Fragen.
2. Als Grundlage sowohl für die Öffentlichkeitsarbeit nach außen wie für die interne Verbandsarbeit wird ein entsprechendes Memorandum erarbeitet.
3. Dieses Memorandum enthält als Einleitung eine grundsätzliche Darstellung einer demokratischen Rechtspolitik im Sinne der Humanistischen Union, kritische Auseinandersetzungen mit vorliegenden Reformentwürfen, gegebenenfalls Alternativvorschläge und zusätzliche Vorschläge der Humanistischen Union.
Dabei finden bereits vorliegende Materialien der Humanistischen Union (z. B. Ausländerrecht, Vorschlag zum § 218 StGB, Eherecht) Verwendung. Das Memorandum sollte Stellung nehmen zum Strafvollzugsgesetz, zu Fragen der Strafrechtsreform, zur Ehrengleichheit, zum Datenschutzgesetz, zum Adoptionsrecht, zum Verfassungsschutzgesetz, zum Kindergarten- und Spielplatzrecht, zum Ausländerrecht, zum Pressefreiheitsgesetz, zur Trennung von Staat und Kirche und zur Ausgestaltung des Kindes- gegenüber dem Elternrecht. Die endgültige Auswahl und eventuelle Ergänzung bleibt dem Bundesvorstand überlassen.
4. Zur Erarbeitung des Memorandums werden herangezogen:
 - a) in Frage kommende Beiratsmitglieder,
 - b) andere qualifizierte Mitglieder der Humanistischen Union,
 - c) Arbeitskreise der Ortsverbände mit einschlägigem Arbeitsgebiet.Diesen Mitgliedern und Arbeitskreisen wird die Erarbeitung entscheidungsreifer oder zumindest entscheidungsvorbereitender Entwürfe zur Aufgabe gestellt.
5. Das Memorandum wird in Druckform der Öffentlichkeit vorgelegt und mit geeigneten und möglichst vielfältigen Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit bei den zuständigen politischen Gremien und den Massenmedien bekanntgemacht.
6. Die Landes- und Ortsverbände konzentrieren ihre regionale Arbeit ebenfalls nach

Schutz und Verwirklichung demokratischer Grundrechte

Delegiertenkonferenz beschließt Konzentration der Arbeit
Dr. Hans Robinsohn neuer Vorsitzender

Am 10. und 11. Februar 1973 tagte in Mannheim die dritte ordentliche Delegiertenkonferenz der Humanistischen Union. Von den zahlreichen an die Delegiertenkonferenz gestellten Anträgen wurden der Antrag auf Auflösung der Humanistischen Union und der Vorschlag für ein Arbeitskonzept der nächsten zwei Jahre am ausführlichsten diskutiert. Der Auflösungsantrag wurde durchaus ernsthaft und ohne Verknennung der derzeitigen Schwierigkeiten der Humanistischen Union diskutiert. Trotzdem wurde er von der großen Mehrheit der Delegierten (nur eine Gegenstimme und einige Enthaltungen) abgelehnt. Ausschlaggebend für diese Entscheidung war die Erkenntnis, daß in den gegenwärtigen politischen Verhältnissen die Existenz eines Verbandes mit der Zielsetzung der Humanistischen Union objektiv notwendig ist. Die innerverbandlichen Schwierigkeiten der Humanistischen Union können an dieser Tatsache nichts ändern. Gerade unter diesem Aspekt und dementsprechend eingehend wurden die Arbeitsgrundlagen für die nächsten zwei Jahre besprochen. Die Delegiertenkonferenz beschloß angesichts der relativ geringen Möglichkeiten, die der Humanistischen Union zur Verfügung stehen, die Arbeit zu konzentrieren. So wird sich die Humanistische Union in den nächsten zwei Jahren mit Vorrang dem Schutz und der Verwirklichung demokratischer und sozialer Grundrechte und rechtspolitischen Fragen widmen (den gesamten Wortlaut des entsprechenden Beschlusses finden Sie in nebenstehendem Aufruf).

Zum neuen Vorsitzenden wurde mit großer Mehrheit Dr. Hans Robinsohn gewählt.

Ihren Möglichkeiten auf den Themenkomplex des Memorandums. Der Bundesvorstand hat sie dabei nachhaltig zu unterstützen.

7. Alle übrigen Aktivitäten der Humanistischen Union werden diesem Arbeitskonzept, soweit notwendig, untergeordnet.“
Alle Mitglieder der Humanistischen Union werden hiermit aufgerufen, zur Verwirklichung dieses Auftrags dem Bundesvorstand Anregungen und Vorschläge zu unterbreiten. Mitglieder, die darüber hinaus bereit sind, in geeigneter Form an der Erarbeitung des geplanten Memorandums mitzuwirken, bitten wir, uns das ebenfalls mitzuteilen.

Dr. Robinsohn war auch bisher schon Mitglied des Bundesvorstandes und ist Vorsitzender des Ortsverbandes Hamburg. Der bisherige Vorsitzende, Prof. Dr. Walter Fabian, hat aus gesundheitlichen und anderen persönlichen Gründen auf die Wiederwahl verzichtet. An dieser Stelle und bei dieser Gelegenheit sei ihm nochmals für seine aufopferungsvolle Tätigkeit für die Humanistische Union gedankt.

Weiterhin gehören dem neuen Bundesvorstand an: Dr. Hans Heinz Heldmann, Darmstadt; Frau Dr. Charlotte Maack, Stuttgart; Diethard Seemann, Mannheim; Prof. Dr. Jürgen Seifert, Hannover; Klaus Scheunemann, Frankfurt; Dr. Klaus Waterstradt, Lübeck.

Fast einstimmig verurteilte die Delegiertenkonferenz die Auffassung der letzten Regierungserklärung, daß die Kirchen „nicht als eine Gruppe unter den vielen der pluralistischen Gesellschaft“ angesehen werden können. Damit hat sich die Bundesregierung die Lehre von der partnerschaftlichen Koordination von Staat und Kirche zu eigen gemacht, die auf der katholischen Doktrin beruht, daß Staat und Kirche zwei gleichrangige vollkommene Gemeinschaften „erster Ordnung“ seien. Durch diese Auffassung in der offiziellen Regierungserklärung sieht die Humanistische Union das Prinzip der Trennung von Staat und Kirche aufs gefährlichste bedroht. Der Bundesregierung wird demnächst die Auffassung der Humanistischen Union zum Problem in einer ausführlichen Stellungnahme dargelegt.

Weiterhin forderte die Delegiertenkonferenz die Ministerpräsidenten der Länder und den Bundeskanzler auf, ihren Beschluß „zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst“ zurückzunehmen. Darüber, daß dieser Beschluß politisch fragwürdig ist, herrschte weitgehend Übereinstimmung. Die Frage, ob er darüber hinaus auch formal-juristisch verfassungswidrig ist, war in der ausführlichen Diskussion umstritten. Die Mehrheit der Delegierten vertrat aber diese Auffassung. Ebenfalls mit Mehrheit beschloß die Delegiertenkonferenz, eine Aktion „Kinderfreundliche Stadt“ (s. „Mitteilungen“ Nr. 60, S. 4, Antrag Nr. 8) anzuregen.

Die Bundesregierung und die Länderregierungen forderte die Delegiertenkonferenz auf, beim Vorgehen gegen Organisationen von Palästinensern deutlich zu differenzieren.

ren zwischen Angehörigen solcher Gruppen, die terroristisch operieren und den Staat Israel zerstören wollen, und Angehörigen anderer Gruppen, die berechnete Interessen der Palästina-Araber vertreten. Bei allem Verständnis für die nach den Vorfällen im Olympischen Dorf getroffenen Sicherheitsvorkehrungen mißbilligt die Humanistische Union jedoch die in diesem Zusammenhang aufgetretenen Verletzungen rechtsstaatlicher Normen.

Schließlich sprach sich die Delegiertenkonferenz noch einmal entschieden für die Fristenlösung bei der Reform des § 218 StGB aus und warnte nachdrücklich vor der Installierung von Beratungsstellen, die neuerdings wieder öffentlich diskutiert wird.

Auf dem Gebiet des Umweltschutzes stimmte die Delegiertenkonferenz dem diesbezüglichen Antrag des Ortsvorstands der Humanistischen Union in Frankfurt (siehe „Mitteilungen“ Nr. 60, S. 4, Antrag Nr. 5) unter Berücksichtigung einiger ergänzender Anregungen zu. Weiterhin beauftragte die Konferenz den Bundesvorstand, die Schaffung effektiver Straftatbestände im Umweltrecht vorzuschlagen. Im Rahmen einiger der organisatorischen Straffung dienenden Satzungsänderungen wurden jetzt auch die bisher in der Satzung offiziell nicht vorgesehenen Landesverbände auch satzungsrechtlich legalisiert.

Mitglieder, die sich ausführlicher für die Arbeit der Delegiertenkonferenz interessieren, können auf Anforderung von der Bundesgeschäftsstelle das Protokoll der Delegiertenkonferenz erhalten.

Herbert Mayer gestorben

Herbert Mayer, Glossist der Gewerkschaftszeitung Metall und Mitglied des Frankfurter Ortsvorstandes der HU, ist am 17. 1. 1973 im Alter von 59 Jahren gestorben. Die Verfolgung durch die Hitler-Diktatur, sein Kampf gegen diese Diktatur in den Reihen der jüdischen Brigade und erneute Verfolgung und Einkerkung durch die Stalinisten in der Gründungszeit der DDR hatten seine Gesundheit untergraben. Allen Rückschlägen zum Trotz hat Herbert Mayer bis zu seinem Ende für einen „Sozialismus mit menschlichem Gesicht“ im Sinne eines Alexander Dubcek gestritten — als Publizist, Mitglied der SPD, der Gewerkschaft und der HU. Unerschrocken trat er gegen obrigkeitstaatliche Tendenzen ein — etwa im Verlauf der Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetzgebung — und immer wieder übte er ätzende Kritik an Militarismus und Profitstreben. Wie kaum ein zweiter konnte er den jüngeren HU-Mitgliedern die Erfahrungen der Weimarer Zeit und der Verfolgung durch Nazis und Stalinisten vermitteln. Als Freund und Kandidat der jungen Generation in der HU war er gerade zum zweiten Mal zum HU-Delegierten für Hessen gewählt worden. Seinen politischen Freunden wird er unvergessen bleiben als ein unerschrockener, humaner Sozialist.

Einseitige Begünstigung der Kirchen

Kritik der HU am geplanten niedersächsischen „Kirchenaustrittsgesetz“

Mehrere Bestimmungen in dem geplanten niedersächsischen Kirchenaustrittsgesetz verstoßen nach Ansicht der Humanistischen Union (HU) gegen die Verpflichtung des Staats zur religiösen und weltanschaulichen Neutralität und gegen die Glaubens- und Bekenntnisfreiheit. In einer Stellungnahme an den Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen des Niedersächsischen Landtags bemängelt die HU u. a. folgende Regelungen:

Nach dem Gesetzentwurf soll der Kirchenaustritt erst einen Monat nach Abgabe der Austrittserklärung wirksam werden. Die HU hält diese Bestimmung für verfassungswidrig, weil sie das Recht des Bürgers einschränkt, mit sofortiger Wirkung von dem Grundrecht der Glaubens- und Bekenntnisfreiheit (Art. 4 Abs. 1 des GG) Gebrauch zu machen. Als Folge dieser Regelung hätte z. B. ein am 3. Dezember aus der Kirche Ausgetretener noch bis zum 31. Januar Kirchensteuer zu zahlen.

Im Gegensatz zum Kirchenaustritt wird der Kirchenübertritt nicht erst nach einem Monat, sondern sofort wirksam. Hierin erblickt die HU eine massive Diskriminierung des Kirchenaustritts gegenüber dem Kirchenübertritt.

Der Gesetzentwurf sieht weiterhin vor, daß der Austrittswillige den Standesbeamten persönlich aufsuchen muß, um den Kirchenaustritt zu erklären. Die HU hält demgegenüber auch eine schriftliche — nicht öffentlich beglaubigte — Austrittserklärung für ausreichend. Durch bürokratische Erschwernisse, wie das persönliche Erscheinen beim Standesbeamten, wird eine Barriere gegen Kirchenaustritte errichtet, die einseitig den Interessen der Kirchen dient.

Wie aktuell gerade der Vorschlag, den Kirchenaustritt auch schriftlich erklären zu können, ist, zeigt ein neuerlicher Vorgang in Hannover, gegen den die Humanistische Union dort ebenfalls protestiert hat. Das dortige Amtsgericht hat die Bürostunden, in denen die Kirchenaustritte erklärt werden können, drastisch eingeschränkt. Kirchenaustrittswillige können jetzt nur noch an zwei Tagen in der Woche in der Zeit von 10–13 Uhr ihren Austritt erklären. Darin erblickt die Humanistische Union eine Beeinträchtigung der im Grundgesetz garantierten Glaubens- und Bekenntnisfreiheit, nach der der Austritt aus einer Kirche oder Religionsgemeinschaft jederzeit möglich sein muß.

Letzte Meldung

Wie wir nach Redaktionsschluß erfahren, hat das Amtsgericht Hannover die beschränkten Öffnungszeiten für die Entgegennahme von Kirchenaustrittserklärungen inzwischen aufgehoben. Ab sofort können diese Erklärungen wieder Montag bis Freitag (außer Mittwoch) von 9.00 bis 13.00 Uhr abgegeben werden. Der Amtsgerichtspräsident bezeichnete die aufgehobene Beschränkung in einem Schreiben an die HU als „vorübergehend“ und erklärte sie mit Personalmangel.

Seminar „Strafvollzug III“ Nichtstaatliches Engagement für Sozialisation und Resozialisierung

Zeit: 7. 4. 1973, 15 Uhr, bis 8. 4. 1973, ca. 15 Uhr. Ort: Theodor-Heuß-Akademie, Gummersbach. Unkostenbeitrag: ca. 12 DM bei

Fahrgeldrückerstattung und freier Unterkunft und Verpflegung.

Anmeldungen bitte an Landesverband NRW der HU per Adresse Helge Klawitter, 43 Essen 1, Klingemannstr. 16, Tel. 02141/27 80 06
Vorläufiges Programm:

Samstag nachmittag: Referat mit anshl. Diskussion von: Regierungsdir. Koepsel (Leiter der JVA Hagen): Beteiligung von Außenstehenden am Vollzug. Möglichkeiten, rechtliche Probleme, politische Erfahrungen.

Samstag abend und Sonntag morgen: Diskussion in kleineren Arbeitsgruppen zu speziellen Aspekten der Tätigkeit Außenstehender im Gefängnis (u. a. z. B. Bildungsarbeit im Gefängnis).

Sonntag vormittag: Referat mit anshl. Diskussion von Christian Dertinger (Ministerialrat im Justizministerium NRW): Abschließende Informationen über den Stand der Strafvollzugsreform.

Briefwechsel mit Gefangenen

Beim Arbeitskreis Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen liegen weiterhin Anschriften von Gefangenen vor, die Briefkontakte mit Außenstehenden wünschen. Falls Sie bereit sind, regelmäßig mit Gefangenen zu korrespondieren, schreiben Sie bitte an Karl Cervik, 43 Essen, Carmerstr 15, Tel. 02141 / 79 64 08.

Neuer Diskussionsredakteur

Die Delegiertenkonferenz hat zum neuen Diskussionsredakteur Herrn Volker Hummel, 6242 Kronberg 2, Hünerbergstraße 6 a, Tel. 06173 / 32 55 gewählt. Mitglieder, die in den „Mitteilungen“ zu HU-Problemen Stellung nehmen wollen, wenden sich bitte unmittelbar an ihn.

25 Jahre Ligue Internationale de l'Enseignement, de l' Education et de la Culture Populaire

Im Jahre 1947 schlossen sich die sogenannten nationalen Ligen für Unterricht und Erziehung in Frankreich, Belgien und die entsprechende Exilorganisation der Republik Spanien zu einer internationalen Liga zusammen. Diese Ligen entstanden im vorigen Jahrhundert als Kampforganisationen für die Trennung von Kirche und Staat in ihren Ländern. Insbesondere die französische Liga stellt auch heute noch eine große politische Kraft in ihrem Land dar. Der laizistische Kampf wurde verständlicherweise vor allem auf dem Gebiete des Schulwesens geführt, was die Konzentration dieser laizistischen Kampforganisation auf Unterrichts- und Schulwesen erklärt.

Entsprechend ihrer Stärke und den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln waren es vor allem die französische und die belgische Liga, die einen internationalen Zusammenschluß aller laizistischen, d. h. für eine rigorose Trennung von Kirche und Staat Eintretenden nationalen Organisationen anstrebten und vorantrieben. Seit 1957 gelang es der Internationalen Liga, jährlich 2 bis 3 neue nationale Gesellschaften als Mitglied aufzunehmen. Heute sind zahlreiche Länder in Europa, Afrika und Südamerika Mitglied der Internationalen Liga. Auch die Humanistische Union war kurz nach ihrer Gründung Mitglied geworden. Heute bestehen allerdings nur noch Informationskontakte zwischen der Humanistischen Union und der Internationalen Liga.

In ihrem Bericht über die Tätigkeit der vergangenen Jahre schreibt die Liga unter anderem: „Wir können behaupten, daß, wenn auch der Gedanke des Laizismus in verschiedenen Ländern einige Niederlagen erfahren hat, er sich doch bemerkenswerterweise weiterentwickelt hat und gerade in Ländern, die ihrer Missionsgebiete des Klerikalismus waren, die von ihm vertretenen Prinzipien des Humanismus, der Demokratie und der Gedanken- und Ausdrucksfreiheit mehr und mehr anerkannt werden.“

In einem Bericht über die Tätigkeit der letzten Jahre gibt die Internationale Liga auch eine Übersicht über die Lage der einzelnen laizistischen Organisationen in den Mitgliedsländern, die für unsere Mitglieder nicht ganz uninteressant sein dürfte.

In Europa sind es verständlicherweise vor allem die romanischen Länder, in denen der Kampf um die Trennung von Kirche und Staat noch besonders akut ist. In Frankreich, Belgien und den Niederlanden bestehen Ligen mit einer sehr alten Tradition im Kampf für die Trennung von Kirche und Staat und die weltanschaulich neutrale Schule. Diese Organisationen haben entsprechend ihrer Tradition und ihrer Mitgliederzahl einen erheblichen Einfluß in ihren Ländern. Der Einfluß und die Handlungsfähigkeit der Ligen in Italien und Luxemburg, die erst nach dem zweiten Weltkrieg gegründet wurden, ist entsprechend geringer. Immerhin spielen sie immer noch eine bedeutendere Rolle und haben größere Möglichkeiten als die Humanistische Union in der Bundesrepublik Deutschland oder die Confederation of the Advancement of State Education in England.

In Afrika entfalten die größte Aktivität die Ligen der Staaten, die ehemals französisches Kolonialgebiet waren. Doch finden die allgemein bekannten politischen und sozialen Schwierigkeiten dieser Länder ihren Niederschlag auch bei den afrikanischen laizistischen Organisationen. An manchen Stellen des Berichts hat man geradezu den Eindruck, daß diese nicht an zu wenig, sondern paradoxerweise an zuviel Einfluß kranken. So wird festgestellt, daß vielfach gerade die aktiven und führenden Mitglieder der nationalen Ligen zu hohen Minister- und Beamtenposten berufen wurden und damit für die Arbeit der Organisation ausfielen. Auch auf die Schulorganisation einzelner dieser Länder hat die Idee des Laizismus offensichtlich direkten Einfluß gehabt. So wird ausdrücklich an die schulischen Verstaatlichungsgesetze von Guinea, Togo und der Zentralafrikanischen Republik sowie an die weniger radikalen, aber dennoch wichtigen Beschlüsse in Obervolta erinnert.

In Kanada lag der Schwerpunkt der laizistischen Aktivität historisch verständlich vor allem im französisch-sprachigen Gebiet. Dort hat sich aber, ähnlich wie in Deutschland, in den letzten Jahren mehr und mehr die weltliche Schule durchgesetzt und die kanadische Gesellschaft hat damit ihre Aufgabe als beendet angesehen. Heute besteht diese Gesellschaft praktisch nicht mehr, was die Internationale Liga sehr bedauert, weil sie der Meinung ist, daß auf dem gesamten Gebiet der Trennung von Kirche und Staat nach wie vor noch vieles zu tun bleibt.

In Südamerika haben in Argentinien, Chile, Uruguay und Mexiko die laizistischen Organisationen eine alte Tradition. Unter dem Einfluß der Internationalen Liga sind inzwischen auch Peru, Venezuela, Bolivien und Guatemala solche Organisationen gegründet worden. Die Kongreß- und Veranstaltungstätigkeit dieser Organisationen auf dem südamerikanischen Kontinent ist erheblich, trotzdem scheinen auch diese Ligen ähnliche Schwierigkeiten zu haben wie die afrikanischen. Auch hier scheint der ideelle Einfluß relativ groß zu sein, der praktisch politische aber gering. So wird zwar festgestellt, daß in einigen Ländern die Kultusminister- bzw. die Kultusvizeministerposten von Mitgliedern der Ligen besetzt sind, aber gleichzeitig angemerkt, daß im Grunde die Ligen „kleine Gruppen ohne die genügende geographische Verbreitung und die erwünschte Dynamik“ geblieben sind.

Angesichts dieser Lage kommt der Bericht verständlicherweise zu dem Schluß, daß es der Internationalen Liga nicht möglich ist, weiterhin gleichzeitig auf drei Kontinenten mit Ländern so unterschiedlicher sozialer Struktur erfolgreich tätig zu sein. Es wird der Vorschlag gemacht, sich mehr auf die Koordination und Kommunikation zwischen den nationalen Organisationen und ihrer Tätigkeit zu beschränken und das Schwergewicht wieder auf die Arbeit in Europa zu legen. Diese Vorschläge sollen auf den kommenden Kontinentalkolloquien im Jahre 1973 diskutiert werden. Das europäische Kolloquium wird im Juli in Straßburg stattfinden.

Anzeigen

Bruno Balder

Der glaubenslose Christ

Eine kritische Auseinandersetzung
mit der christlichen Ideologie

Meizer Verlag, Darmstadt. 141 Seiten, Leinen DM 14,80

Aus dem Inhalt: Die unheilige Schrift. Jesus und Budha. Wie die Lehre Jesu entstellt wurde. Die Legende von der Erlösung. Der verkappte Polytheismus. Der unbeweisbare Gott. Himmel und Hölle sind leer. Der Kampf gegen die Andersgläubigen. Die Euthanasie. Der erlaubte Massenmord. Der verteuflerte Sex. Empfängnisverhütung und Abtreibung. Die Heuchelei mit der Ehe. Wider den sozialen Fortschritt. Die Kirche in der Krise? Der Austritt aus der Kirche.

Der Ortsverbandsvorsitzende der HU in Würzburg
sucht dringend

jüngeren oder älteren Arzt

(Allgemeinpraktiker oder Internist), der bereit ist, in seine große und moderne Arztpraxis einzusteigen. Faire Bedingungen, einmalig günstige Voraussetzungen.

Angebote an: Dr. med. Wilhelm Rasche, 87 Würzburg, Huttenstraße 6, Telefon 0931 / 25 25

Raum München-Nord: Architekt, 30, Humanist, linksliberal
sucht Diskussion/Briefwechsel mit Schülern/Lehrlingen.
Wolfgang Tomásek, 805 Freising-Vötting, Kirchenweg 1 b

Für unseren neuen, interdisziplinären Arbeitskreis

Homosexualität und Gesellschaft

Ausgangshypothese (vgl. Beach, Ford, Hampson, Hoffman, Kinsey, Martin, Money, Pomeroy u. a.):
Menschliche Sexualität ursprünglich ungerichtet;
hetero- wie homosexuelle Verhaltensfixierung nicht
genetisch, sondern soziokulturell determiniert

suchen wir ehrenamtliche Mitarbeiter und Berater.
Gesellschaft zur Förderung Sozialwissenschaftlicher
Sexualforschung e. V., Düsseldorf 12, Postfach 407

Kurzberichte - Informationen - Einladungen

Landesverband Nordrhein-Westfalen lädt zum Arbeitsseminar ein.

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen veranstaltet am Sonntag, dem 15. 4. 1973, von 10 bis 19 Uhr ein Arbeitsseminar, das sich mit der Begründung der Forderungen der Humanistischen Union in Nordrhein-Westfalen zur Trennung von Kirche und Staat befassen soll.

Das Seminar wird im Hause der Rheinisch-Westfälischen Auslandsgesellschaft, 46 Dortmund, Amtstraße 30 a, stattfinden.

Aufgabe des Seminars: Ausarbeitung der Begründung der Forderungen zur Trennung von Staat und Kirche in der BRD.

Forderungen und Begründung sollen in einer Broschüre zusammengefaßt werden, die Grundlage der im Herbst 1973 stattfindenden NRW-Aktion sein wird.

Es ist vorgesehen, daß zu folgenden thematischen Schwerpunkten Arbeitskreise gebildet werden (Änderungen möglich):

1. Kirchen und Vorschul- und Schulbereich, 2. Religionsunterricht, 3. Theologische Fakultäten, 4. Kirchen und Militarismus, 5. Kirchen und Sozialwesen, 6. Kirchen und Straf- und Zivilrecht, 7. Vereinsrechtliche Organisation der Kirchen, Kirchensteuereinzug.

Teilnahme kostenlos, für Verpflegung ist selbst zu sorgen. Anmeldung bitte an: LANDESVERBAND NRW Humanistische Union, c/o Helge Klawitter, 43 ESSEN 1, Klingemannstraße 16, Telefon 0 21 41 - 27 80 06.

Angesichts der bevorstehenden Behandlung der Reform des § 218 im Bundestag beabsichtigen der Landesverband Nordrhein-Westfalen und seine aktiven Ortsverbände, noch einmal Aktionen zur Unterstützung der HU-Forderung nach Fristenlösung durchzuführen. So soll ca. 14 Tage vor der Behandlung des Problems im Bundestag mit Schwerpunkten in Wahlkreisen von SPD- und FDP-Abgeordneten, die sich ablehnend oder indifferent zur Fristenlösung stellen, Straßenaktionen und Unterschriftensammlungen durchgeführt werden. Gleichzeitig sollen Flugblätter verteilt werden, deren Entwurf sich an dem seinerzeit so erfolgreichen Flugblatt des Ortsverbandes Hannover orientiert. Alle Mitglieder, die sich an diesen Aktionen beteiligen wollen, bittet der Landesverband sich umgehend bei ihm unter obiger Adresse zu melden.

Der Arbeitskreis Strafvollzug der HU in Nordrhein-Westfalen gibt vierteljährlich „Mittelungen zum Strafvollzug in NRW – Von der Theorie und Praxis des Umgangs mit Strafgefangenen“ heraus. Die Nr. 2 (43 Seiten) ist jetzt erschienen und kann unentgeltlich angefordert werden von: HU-Ortsverband Essen, 43 Essen, Carmerstraße 15. Für die Beilage von Rückporto wären die Herausgeber dankbar!

Erweiterung der Arbeit der Humanistischen Union in der Justizvollzugsanstalt Essen

Seit acht Monaten führt der Arbeitskreis „Strafvollzug“ der Humanistischen Union regelmäßig alle vierzehn Tage sozialtherapeutische Gruppendiskussionen mit männlichen Inhaftierten der Justizvollzugsanstalt Essen. Das große Interesse der Gefangenen an diesen Gesprächsrunden hat jetzt dazu geführt, daß eine weitere Gesprächsrunde eingeführt werden konnte.

Für die Gespräche mit den Gefangenen stehen Studenten der ev. Fachhochschule Bochum, Sozialarbeiter und andere Damen und Herren mit einschlägigen Kenntnissen und großem Engagement zur Verfügung. In Zusammenarbeit mit den Sozialarbeitern der Justizvollzugsanstalt versuchen diese Personen, sich mit den Problemen und Fragen der Gefangenen auseinanderzusetzen.

Unter Beteiligung von Vertretern des Sozialamtes, Arbeitsamtes, Justiz, von Bewährungshelfern und anderen Personen wurden den Gefangenen Informationen vielseitigster Art geboten. Darüber hinaus wurden Ansätze für Rollenspiele erprobt sowie gruppendynamische Aspekte bei den Zusammenkünften berücksichtigt. Daneben wurde in einer nicht unerheblichen Zahl Einzelbetreuung für die Inhaftierten durchgeführt. Durch einige großzügige Spenden aus der Bevölkerung konnten u. a. Zeitungen, Zeitschriften und Bücher finanziert und in anderen Fällen Entlassenen Wohnung und Arbeit beschafft werden.

Diese Arbeit soll in Verbindung mit der Volkshochschule intensiviert und verstärkt weitergeführt werden. Zur besseren Vorbereitung für das Leben in der Freiheit wird – ähnlich wie in Hessen durch den Fritz-Bauer-Verein – eine Arbeitsgemeinschaft angestrebt, die eine sinnvollere Arbeit der Straffälligenhilfe gewährleisten soll. Als erster Schritt einer solchen koordinierenden Zielsetzung wird in Kürze das in Verbindung mit zahlreichen Institutionen erstellte „Kleine Kursbuch in die Freiheit“ der Öffentlichkeit – und allen Gefangenen der JVA Essen – übergeben werden können.

In regelmäßigen Arbeitskreistreffen wird den Helfern von Fachkräften eine zusätzliche Schulung zuteil. Geplant ist der Aufbau von Helfergruppen, die die in der Vollzugsanstalt begonnene Arbeit draußen weiterführen sollen.

Am Samstag, dem 24. März 1973, zeigte der Ortsverband Essen den umstrittenen Film „Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt.“ von Rosa von Praunheim. Die Vorführung des Films bot Gelegenheit zur Diskussion der Probleme des Homosexuellen in unserer Gesellschaft.

Am 25. Januar 1973 sprach Rainer Schepper auf einer Veranstaltung des Ortsverbandes in Verbindung mit der Volkshochschule Essen zu dem Thema „Wer kennt das Sittengesetz?“

Neuwahlen in Hanau

Der Ortsverband Hanau hat seine Mitglieder zur Mitgliederversammlung am Sonntag, dem 1. April 1973, 10.30 Uhr, eingeladen. Die Mitgliederversammlung

findet in der Stadthalle Hanau, Raum 1, statt. Auf der Tagesordnung stehen der Bericht des Vorsitzenden über die Lage des Ortsverbandes, ein Bericht über die Landeskonferenz am 24. 3. 1973, Neuwahl des Vorstands und die Planung der zukünftigen Aktivität des Ortsverbandes.

In der Einladung des Ortsverbandes heißt es u. a.: „Auch nach dem Wahlsieg der linksliberalen Koalition ist die Humanistische Union notwendig, weil SPD und FDP wegen der zunehmenden Rücksichtnahme auf potentielle Wählerschichten notwendige Reformen nur zögernd und halbherzig aufgreifen.“

Ortsverbände Münster und Kassel aufgelöst

Wie wir erst nach Redaktionsschluß der letzten „Mittelungen“ erfahren, hat eine Versammlung des Ortsverbandes Münster im November, an der lediglich 7 Mitglieder teilnahmen, eine Neuwahl des Ortsvorstandes abgelehnt. Da der alte Ortsverbandsvorstand nach Ablauf seiner Amtszeit zurückgetreten ist, ist der Ortsverband Münster damit aufgelöst. Der Tenor der dieser Entscheidung vorangehenden Diskussion wird in den Ortsverbandsmitteilungen u. a. wie folgt wiedergegeben: „Unbestrittene Aufgabe der HU war seit ihrer Gründung die Zurückdrängung klerikaler Tendenzen. Gerade hier ist manches erreicht worden, so daß Teile des Programms an Bedeutung verloren haben. Auch der Regierungswechsel wirkte sich in dieser Hinsicht aus. Es gibt kein Thema der HU, das heute nicht auch in anderen Organisationen behandelt wird, vor allem in den Parteien. Vielen erscheint heute die Mitarbeit in den Parteien oder ihren Jugendverbänden effektiver. Die HU steht vor der Alternative, eigenständige Arbeit parallel zu finanz- und mitgliederstärkeren Organisationen zu leisten oder sich an der Arbeit anderer Organisationen zu beteiligen. Beides hat in der Praxis zu Schwierigkeiten geführt. ... Es hat keinen Sinn, die Organisation zu erhalten, wenn aus den genannten Gründen die Effektivität ihrer Arbeit in Frage zu stellen ist. Das ungute Gefühl wird durch die Bemühungen des Bundesvorstandes um Mitgliederwerbung eher verstärkt.“

Eine Minderheit der Mitglieder hat sich dieser Auffassung anscheinend nicht angeschlossen, sondern will sich um eine Reaktivierung der Arbeit des Ortsverbandes bemühen. Die nach wie vor in Münster bestehende Kontaktadresse für HU-Mitglieder lautet: Werner Hohnwald, 44 Münster, Scharnhorststraße 83, Telefon 5 25 82.

Ebenfalls einen Auflösungsbeschluß hat die Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Kassel gefaßt. Als Gründe wurden angegeben:

„1. Zu den Mitglieder-Versammlungen erschienen jeweils zwischen 3 und 7 Mitglieder. Alle anderen waren beim besten Willen nicht zu mobilisieren. 2. Eine Reihe von Veranstaltungen, von der HU Kassel organisiert, zogen ein interessiertes Publikum an, nicht aber unsere Mitglieder. Trotz intensiver Werbung konnten dabei nur wenige neue Mitglieder gewonnen werden. Andere Mitglieder traten aus. Es ist uns nicht gelungen, jugendliche Mitglieder zu werben. Der stabile Kern des OV bestand aus 30- bis 45jährigen, die alle im Berufsleben stehen, in Parteien und Verbänden organisiert sind und nur wenig Zeit für notwendige Aktionen haben.“

Aus diesen Gründen erschien den Mitgliedern die Arbeit auf Ortsverbandsebene nicht mehr sinnvoll. Die wenigen aktiven Mitglieder im Raum Kassel haben aber beschlossen, auch weiterhin ad hoc bei aktuellen Gelegenheiten als Mitglieder aufzutreten und den Standpunkt der HU zu vertreten. Sie stellten ausdrücklich fest, daß sie nicht der Meinung seien, daß die HU durch die relative Stabilisierung der politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik ihren Sinn als wachstames Regulativ verloren hätte, aber eine aktive örtliche Arbeit wäre nach ihrer Auffassung unter den gegebenen Verhältnissen nicht mehr möglich.“

Nachtrag zu unserem Bericht: Humanistische Union und Bundestagswahl / Vorbildliche Ortsverbandsaktionen in „Mittelungen“ Nr. 59/72

Der Ortsverband Baden-Baden schickt uns zu dem oben erwähnten Bericht folgende ergänzende Mitteilung:

„In den „Mittelungen“ wird über das Wahlforum des Ortsverbandes Baden-Baden „Frauen entscheiden die Wahl“ berichtet. Dabei werden die Referentinnen der Veranstaltung nicht namentlich genannt. Der Ortsverband möchte aber den anderen Gruppen in der Bundesrepublik die Namen der Referentinnen, die bereit waren, für die HU aufzutreten, nicht unterschlagen. Deshalb seien sie hier kurz aufgeführt:

Jutta Menschik (FU Berlin, Veröffentlichung Fischer-Taschenbuch „Gleichberechtigung oder Emanzipation? Die Frau im Erwerbsleben der Bundesrepublik“) sprach über die „Situation der Frau in Ehe und Familie / Situation der erwerbstätigen Frau“; Ursula Schmiederer (Politologin, Marburg/Lahn) referierte zum Thema „Wahlverhalten der Frauen“; Anke Bunn (SPD-Landtagsabgeordnete, Köln) stellte den Vergleich „Die Parteien und die Frauen“ an. In diesem Zusammenhang noch ein „Hinweis“: Es scheint dem Ortsverband Baden-Baden auch nach Durchführung des Wahlforums vom November eine offene Frage, ob der Versuch Politische Veranstaltung + Kindergarten (kostenlos) gescheitert ist oder nicht. Die Absicht war, auch die Frauen zu einer (Wahl-)Veranstaltung zu bekommen, die davon – Bewußtseinsstand, Verhalten des Mannes, Nichtwissen wohin-mit-den-Kindern – sonst nie Gebrauch machen. Ob es sinnvoll ist, weiterhin Veranstaltungen mit der Möglichkeit der Kinderaufbewahrung zu organisieren, läßt sich abschließend wohl erst beurteilen, wenn man dies im Bewußtsein der Öffentlichkeit (durch Wiederholung) „gegenwärtiger“ gemacht hat. Die erste Baden-Badener Erfahrung war negativ: rund zehn Eltern machten vom zweistündigen „Kindergarten“ Gebrauch.

Für diese Mitteilungen ist Leo Derrik verantwortlich, für den Diskussionsteil Volker Hummel

Humanistische Union e. V., 8 München 5, Erhardtstraße 30, Telefon: 26 60 35 / 36. Redaktionsschluß 15. 3. 1973
Redaktionsschluß der nächsten Mitteilungen 15. 5. 1973

Bezugspr. im Mitgliedsbeitrag der Humanistischen Union enthalten
Konten: Bank für Gemeinwirtschaft München 1700678.
Postscheck München 104200-807.
Beilagen: Prospekt der Zeitschrift „Vorgänge“.
Veröffentlichungsliste der HU.